



Newsletter der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern

Ausgabe: 20. WP/23-14 vom 17. November 2023

Philipp Amthor MdB
Vorsitzender der Landesgruppe
Mecklenburg-Vorpommern

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030 227 77692
F 030 227 76692

philipp.amthor@bundestag.de
www.cducusu.de

Beiträge von Simone Borchardt MdB



Simone Borchardt MdB ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und im Petitionsausschuss sowie stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuss und im Ausschuss für Arbeit und Soziales.

Digitalisierung im Gesundheitswesen: Eine wenig ambitionierte Ampel-Initiative

Die Digitalisierung des Gesundheitswesens ist ein ambitioniertes politisches Ziel, um die Effizienz und europäische Anschlussfähigkeit unseres Gesundheitssystems sicherstellen zu können. Viele Initiativen wurden bereits in der letzten Legislaturperiode von dem damaligen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn auf den Weg gebracht.

Vergeblich haben wir gehofft, dass die Ampel diese Anstöße aufgreifen und effektiv und zielführend umsetzen wird. Bei der ersten Debatte zum Digital- und Gesundheitsdatennutzungsgesetz in dieser Woche wurde einmal mehr klar, dass die von der Ampelregierung vorgelegten Gesetze, nämlich das Digital- und Gesundheitsdatennutzungsgesetz, von handwerklichen Mängeln geprägt sind.



Wettbewerbsverzerrung ist vorprogrammiert

Dies spiegelt sich besonders in den verschiedenen Fristsetzungen wieder: Anschlussfrist für Hilfsmittelleistungserbringer an die Telematikinfrastruktur ist der 1. Januar 2026. Die Verpflichtung für ausstellende Ärzte, Hilfsmittelverordnungen ausschließlich elektronisch anzufertigen, ist nun auf den 1. Juli 2027 verschoben worden. Eindeutig ist, dass diese Diskrepanz einer zu Wettbewerbsverzerrungen führen wird, welche sich letztendlich negativ auf die Versorgungsqualität auswirken wird.

Ampel potenziert Chaos durch Doppelstrukturen

Es ist schon jetzt absehbar, dass mit Verlängerung der Übergangszeit Verordner und Leistungserbringer das E-Rezept und das Papierrezept parallel verarbeiten müssen. Dies führt zu unnötigen Doppelstrukturen, die den ohnehin schon überlasteten Akteuren in unserem Gesundheitssystem noch mehr Bürokratieaufwände aufbürden werden. Dass das Bundesgesundheitsministerium es versäumt hat, die Akteure – die tragenden Säulen unserer Gesundheitsversorgung – mitzudenken, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass blind Fristen zur Umsetzung der Regularien vorgeschrieben werden. Dabei ist bekannt, dass die Infrastruktur überhaupt noch nicht so weit gekommen ist, als dass sie diese Vorschriften problemlos tragen und umsetzen kann.

Eine Digitalisierung ohne klare Entlastungsperspektiven

Was fehlt, ist ein konkretes Maßnahmenpaket, das Ärzte bei der Digitalisierung unterstützt. In dieser Form werden diese Digitalisierungsgesetze nicht zu den gewünschten Effizienzsteigerungen führen, sondern das Gesundheitssystem durch ein Mehr an Bürokratie noch stärker strapazieren. Dies ist ein weiteres Beispiel für die Konzeptlosigkeit dieser Ampel und ihre Unfähigkeit, konstruktive Initiativen zu realisieren.

* * *

Medikamentenchaos und Apothekensterben: Ein vollkommenes Ampel-Versagen

Die wichtige Rolle der Vor-Ort-Apotheken für die flächendeckende Versorgung mit Arzneimitteln ist für die CDU/CSU-Fraktion ein wichtiges Anliegen. Umso erschreckender ist es, dass das Bundesgesundheitsministerium es bisher versäumt hat, die bestehenden Probleme, welche die Apotheken tagtäglich



belasten, zielgerichtet anzugehen: Liefer- und Versorgungsengpässe, der Personalnotstand, die vermehrten Apothekenschließungen sowie die überfällige Anpassung des Apothekenhonorars. Wir sehen, dass sich das Medikamentenszenario des letzten Winters wiederholt: Es mangelt an Fiebersäften für Kinder, Krebsmedikamenten und Antibiotika. Dies ist für eine Industrienation wie Deutschland nicht hinnehmbar und wieder einmal ein Sinnbild für das unverantwortliche Agieren der Ampel.

Lauterbachs fragwürdiges Versorgungskonzept

Das Versagen des Bundesgesundheitsministers hat sich besonders beim Apothekertag in Düsseldorf am 27. September gezeigt: Er wolle das System liberaler machen und so die Versorgungsnetze verdichten. Als zentralen Ansatz hierzu präsentierte er das Konzept der „Apotheken ohne Apotheker vor Ort“ – eine Filiale, in der PTAs den Dienst des Apothekers übernehmen, solange sie digital an die Hauptapotheke angebunden sind. Hier zeigt sich seine indirekte Intention, den Beruf des Apothekers zu degradieren und eine kalte Strukturreform durch die Hintertür durchzusetzen. Dieses Vorhaben impliziert, dass es nur in urbanen Regionen eine qualitativ hochwertige Medikamentenversorgung mit approbierten Apothekern vor Ort geben wird. Zwangsläufig wird das dazu führen, dass die Versorgungsqualität im ländlichen Raum noch stärker abnehmen wird. Gerade unser Bundesland wird dies besonders treffen.

Unser Antrag „Arzneimittelversorgung sicherstellen – Versorgungssicherheit gewährleisten“

Für uns als CDU/CSU-Fraktion ist klar: Wir brauchen keine Experimente, wie es Gesundheitsminister Karl Lauterbach vorsieht. Es gilt, bestehende Strukturen – nämlich Vor-Ort-Apotheken sowie das Apothekenpersonal – zu stärken: Es ist längst an der Zeit, Lieferengpässe effektiv zu bekämpfen, die Apothekenhonorare anzuheben und einschränkende bürokratische Regularien abzubauen, die nicht nur die Wirtschaftlichkeit von Apothekenbetrieben deutlich hemmen, sondern auch zeitliche Ressourcen in einem inakzeptablen Ausmaß binden. Deswegen haben wir am vergangenen Freitag unseren Antrag „Arzneimittelversorgung sicherstellen – Versorgungssicherheit gewährleisten“ in die politische Debatte eingebracht.

* * *